Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 163. Dienstag, 16. Juli 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends [illegible] Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat [illegible] [illegible] Erfüllungsort: Riesa. [illegible] Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Schwarzsachen und Grünsachen.

Wenn man bei der Firma Hugo Stinnes jr. für Steuerhinterziehungen arbeitete, so kamen die entsprechenden Papiere unter die Rubrik Schwarzsachen. Handelte es sich um Angelegenheiten, von denen man nicht wollte, daß die Bevollmächtigten der Stützungsaktion der Banken etwas erfuhren, dann bezeichnete man diese Akten als Grünsachen. Schon daß es nach diesen beiden Richtungen hin landläufige Bezeichnungen und Rubriken gab, sagt schon genug. Der Stinnesprozeß, der in diese Geschäftspraktiken gründlich hineingeleuchtet hat, darf wirklich kulturhistorisches Interesse beanspruchen. Man hatte kaum das Gefühl, moralisch ein Unrecht zu begehen, wenn man den Staat betrog. Dieselben Herren, die sich dieser unsauberen Handlungsweise gegenüber dem Fiskus schuldig machten, würden es wahrscheinlich mit Entrüstung abgelehnt haben, irgendeinen einzelnen Geschäftspartner durch Betrug zu schädigen. Aber der Staat — das ist ein Neutrum, das ist eine Instanz, zu der man keinerlei persönliche Beziehungen hat, da kommt es nur auf Schlauheit an, um ihm gegenüber möglichst wenig von den eigenen Geschäftsprofiten herausrücken zu müssen. Das war vor dem Kriege und auch noch während des Krieges anders, als große Unternehmer wie Stinnes den Staat wie eine Verlängerung des eigenen Geschäftes betrachten konnten. Damals, als man auf Kohle und Erze in Belgien und Frankreich ausging, als man die Vaterlandspartei förderte und die oberste Heeresleitung wie den Kabinettsrat mit den Annexionsplänen beschäftigen konnte, die im Interesse der Firma Stinnes lagen, da sah man den Staat noch mit anderen Augen an. Da sprach man begeistert vom Vaterland und von nationalen Interessen. Freilich, viel Geld hatte man auch damals schon nicht für ihn übrig. Die Kriegsanleihe, die man propagierte, ließ man lieber von anderen bezahlen. Die Erhöhung der direkten Steuern ließ man durch Herrn Helfferich mit Leidenschaft und auch mit durchschlagendem Erfolg bekämpfen. Der Mann, der nach dem Zusammenbruch als Finanzminister ein Reichsnotopfer auch vom großen Besitz zu fordern wagte, wurde Gegenstand einer politischen Hetze, die zuletzt seinen Tod herbeiführte. So war die Grenze zwischen Geschäftsinteressen und Staatsinteressen schon immer scharf gezogen. Das erste ging unter allen Umständen vor. Die Anerkennung für den Staat reichte umso weiter, je billiger er sich den Geschäftsinteressen zur Verfügung stellte. Wo er diese Interessen störte, war es auch mit der Anerkennung für ihn schnell vorbei. Verpflichtungen ihm gegenüber, die mit den Pflichten gegenüber dem Geschäft kollidieren konnten, durfte es nicht geben. Der Staatsanwalt hat die Gesinnung der Betrüger richtig gekennzeichnet. Er sprach von der antifiskalischen Einstellung des Hugo Stinnes und leider hat er wohl auch mit der weiteren Behauptung recht, daß diese den Staat schädigende Einstellung in weiten Kreisen verbreitet ist. Es gibt wahrscheinlich mehr als einen ehrenwerten Berufsgenossen der Herren, die da auf der Anklagebank gesessen hätten, die für letztere nur ein tiefes menschliches Bedauern über den Reinfall, keineswegs aber irgendwelche sittliche Entrüstung fühlen.

Des Betruges überführt! Ein paar Mal mußte dieser Ausdruck während der Plädoyers gebraucht werden. Der Staatsanwalt kam nicht mehr an dieser Feststellung vorbei. Auf den normalen Staatsbürger wirkt es erschütternd, einen Namen wie Hugo Stinnes von einem solchen Urteil getroffen zu sehen. Was für ein Glorienschein umgab diesen Namen während des Krieges und selbst noch in den verzweifelten Tagen der Inflation! An warnenden Stimmen fehlte es ja wohl auch damals schon nicht. Aber selbst im Ausland hatte der Name Stinnes damals noch mehr Kredit als selbst die Firma des Reiches. Und nun ist dies der klägliche Ausgang: „Des Betruges überführt!" Wenn Hugo Stinnes jr. mit seinen Komplicen, mit den Herren Waldow und Rothmann u. a. verhandelte, dann wurde das Unerlaubte und Betrügerische der Handlungsweise wie eine geschäftliche Notwendigkeit hingenommen. Man fühlte sich dem republikanischen Staate gegenüber, den man haßte, in der Notwehr, im Kriegszustande. Es waren auch Mittel erlaubt, die man im privaten Leben sonst nicht für anständig halten würde. Was als Pflicht und Anstand empfunden wurde, war höchstens, daß man sich gegenseitig deckte, als die Sache anfing, schief zu gehen und [illegible] jeder sich herauszuziehen versuchte, wenn es nicht anders ging, auch unter Preisgabe der Mitbeteiligten. Da erst fing der gegenseitige Tadel und die gegenseitige [illegible] an. Es war nicht schlecht, den Staat zu betrügen, es war nur [illegible], den Mitschuldigen im Stich zu lassen. Das ist der letzte Rest von Ehrgefühl, den es bekanntlich auch in einer Räuberbande noch gibt. Dem Staat und der Gesellschaft gegenüber gab es aber ein solches sittliches [illegible]

Man kann sagen, daß sich diese [illegible] Gesinnungsweise erst nach dem Kriege herausgebildet hat, wo durch Zusammenbruch und Revolution alle [illegible] und moralischen Begriffe in Verwirrung gerieten. [illegible] hat man die Verteidigung [illegible] stellen und mildernde Umstände [illegible] dem großen Gesamtbild des [illegible] digenden Zeitumstände doch nur eine [illegible] Wenn Deutschland gesiegt und die [illegible] tatsächlich gemacht hätte, auf die die Firma Stinnes [illegible] manche andere spekulierte, dann wäre das Verhältnis zwischen diesen Unternehmern und dem Staat [illegible] sittlicheres geworden. Man hätte den Staat [illegible] immer nur als Handlanger der [illegible] und rücksichtslos ausgebeutet; [illegible] hingegen mit aller Kraft [illegible] keine Papiere zu fälschen brauchen [illegible]

eine wirkliche Staatsgesinnung, die dem Staate gibt, was des Staates ist, die den Staat als eine höhere Macht über der Wirtschaft anerkennt, hätte sich in diesem Kreise auch dann nicht entwickelt. Das Problem, vor dem wir hier stehen, ist nicht nur ein kriminelles. Der Prozeß Stinnes konnte vielmehr nur auf der Grundlage einer allgemein politischen Situation gedeihen. Diese Situation aber ist in allen modernen Kulturländern zur Zeit gegeben, mögen sie den Krieg gewonnen oder verloren haben. Die gewaltige Konzentration des Kapitalismus ist es, die Macht und Ansehen des Staates zurückdrängt. Wie der Sozialismus von seiten des Proletariats, so leugnet der Kapitalismus von der entgegengesetzten Seite her als Eigenrecht des Staates. Dort stellt man das Interesse der Masse werktätiger Menschen, hier stellt man das Interesse der Masse des arbeitenden Geldes dem Staate gegenüber und zuletzt über den Staat. Es ist das Wesen der Sozialfrage, unter solchen Umständen das Verhältnis von Staat und Kapital und Einzelmenschen neu zu ordnen. Eine schwierige und komplizierte Aufgabe für die modernen Völker! Wie nötig aber ihre Lösung ist, zeigt gerade auch dieser Stinnesprozeß und die Enthüllung, die er über die Gesinnung großer Wirtschaftsführer gebracht hat.

Zur russisch-chinesischen Spannung.

)(Paris. Zur russisch-chinesischen Spannung schreibt der Temps: Die Sowjetregierung ist nicht in der Lage, gegen China Krieg zu führen. Sie ist zu einem auswärtigen Kriege unfähig, und ein Feldzug in Ostasien, den das russische Volk schwer verstehen könnte, hätte die sichere Folge, den Zusammenbruch des Regimes zu beschleunigen. Dieser Gefahr möchten sich die Diktatoren im Kreml umso weniger aussetzen, als sie wohl annehmen müssen, daß Japan, das in der Mandschurei erhebliche Interessen hat, sich veranlaßt sehen könnte, die Aufgaben der Chinesen in einem solchen zu erleichtern. Aber die Nankingregierung denkt sicher nicht daran, sich in das Abenteuer eines bewaffneten Konflikts mit Rußland an der Grenze der Mandschurei einzulassen, sie braucht Frieden, um die innere Lage Chinas zu befestigen. Es genügt ihr, daß sie die Souveränitätsrechte der chinesischen Zentralgewalt in einer Gegend, in der sich der russische Einfluß hartnäckig geltend machte, behauptet hat. Ein friedliches Verhandeln wird wahrscheinlich eintreten, und von dem Zwischenfall wird nur die offenkundige Tatsache des endgültigen und unwiederbringlichen Scheiterns der Moskauer Politik in Ostasien übrig bleiben.

Sowjetultimatum und chinesische Nationalregierung.

)(Nanking. Reuter meldet aus Nanking, daß die Führer der Nationalregierung durch das Sowjetultimatum in der Frage der chinesischen Ostbahn auch nicht im geringsten beunruhigt sind. In einer Unterredung erklärte Minister Wu, die Regierung fühle sich durch die drohende Haltung beleidigt, sei jedoch nicht beunruhigt.

Kommunistendemonstration vor dem Berliner chinesischen Konsulat.

)(Berlin. Der kommunistischen „Roten Fahne" zufolge versammelten sich gestern abend vor dem Hause des Berliner chinesischen Konsulats in der Beuthstraße mehrere hundert Arbeiter, aus deren Reihen Rufe gegen die Nankinger Regierung laut wurden. Schließlich flogen Steine gegen die Fenster des Konsulats, die sämtlich in Trümmer gingen. Bei Eintreffen des Ueberfallkommandos der Schutzpolizei war die Demonstration bereits beendet.

Berlin. (Funkspruch.) Die „wuchtige Demonstration" kommunistischer Arbeiter vor dem chinesischen Konsulat in der Beuthstraße, wo nach Behauptung der „Roten Fahne" sämtliche Fensterscheiben von kommunistischen Arbeitern eingeworfen sein sollen, hat, wie eine Anfrage bei der Polizei ergibt, sich erfreulicherweise nicht derartig abgespielt und solche Folgen gehabt wie das kommunistische Blatt es schildert. Die Konsulaträume befinden sich in einem Kontorhause der Beuthstraße im 2. Stock. Die Fenster gehen nach dem Hofe und sind von der Straße nicht erreichbar. Uebrig bleibt als einziger Tatbestand, daß bei einer im 1. Stock des Hauses befindlichen Metallfirma einzelne Scheiben der nach der Straße gehenden Fenster während der Nacht eingeworfen worden sind. Von einer Demonstration haben weder die Anwohner noch die regelmäßigen Polizeistreifen etwas feststellen können. — Für heute abend fordert die „Rote Fahne" übrigens zu Massendemonstrationen auf.

Eine Note des chinesischen Geschäftsträgers an Karachan.

)(Moskau, 15. Juli. Nach einem vom Außenkommissariat veröffentlichten Communiqué hat der chinesische Geschäftsträger in Moskau, Sia Wei Sung, dem Volkskommissar Karachan eine Note überreicht, in der er mitteilt, daß die Uebersetzung der Sowjetnote ins Chinesische erst in der Nacht des 14. Juli vollendet und das Telegramm erst Montag nachmittag 1½ Uhr aufgegeben worden sei. Da er ohne Instruktionen seitens des Nankinger Ministeriums des Aeußern und ohne direkte Verbindung mit der Mukdener Regierung sei, ersuchte Sia Wei Sung das Ministerium, die Sowjetnote telegraphisch nach Mukden zu übermitteln. Eine Abschrift des russischen Textes der Sowjetnote hat Sia Wei Sung mit der Post nach Nanking gesandt.

Moskauer Protestkundgebungen gegen China.

)(Moskau. Auch gestern fanden in den Moskauer Betrieben und Aemtern Protestkundgebungen aus Anlaß des Konfliktes wegen der Ostchinesischen Eisenbahn statt. Massenzüge marschierten an der von einem starken Milizaufgebot geschützten chinesischen Gesandtschaft vorüber. Die Kundgebungen, an denen auch Chinesen teilnahmen, dauerten am späten Abend noch an. Zu Ausschreitungen ist es nirgends gekommen.

Chinesische Truppen zusammengezogen.

Nanking. (Funkspruch.) Nach einer halbamtlichen Mitteilung sind 5000 chinesische Soldaten nach dem südlichen Abschnitt der ostchinesischen Eisenbahn als Verstärkung des Bahnschutzes entsandt worden. Außerdem sind 10 000 Mann in der Grenzstadt Mandschuli zusammengezogen, wo ihnen sowjetrussische Truppen gegenüberstehen sollen.

Neuer französischer Angriff gegen Stresemann.

* Paris. (Telunion.) Das „Journal des Debats" erklärt, Dr. Stresemann werde [illegible]

Eine Entschließung des Bundes zur Erneuerung des Reiches.

* Berlin. (Telunion.) Der Vorstand und Arbeitsausschuß des Bundes zur Erneuerung des Reiches trat am gestrigen Montag zu einer Sitzung zusammen und faßte eine Entschließung, die in folgenden [illegible]

1. In einer besonderen Veröffentlichung soll zur Darstellung gebracht werden, wie sich die verschiedenen Meinungen über Inhalt und Ziel der Reichsreform bereits angenähert haben.

2. Da die Finanzwirtschaft der letzten Jahre besonders deutlich gezeigt hat, daß der Reichstag als oberstes auf dem Volkswillen beruhendes Organ einer verfassungsmäßigen Bindung nicht entraten kann, so soll in Ergänzung der bisherigen Arbeiten des Bundes zur Erneuerung des Reiches ein Vorschlag über Erweiterung der Rechte des Reichsrates bei der Feststellung des Haushaltplanes und bei allen Ausgabenbewilligungen während des laufenden Jahres ausgearbeitet werden.

Eine solche Bindung befindet sich in allen Republiken der Welt und könnte sich auch an Vorschriften anlehnen, die in der preußischen Verfassung vorhanden sind. Sie würde um so mehr zu begrüßen sein, wenn gleichzeitig der Ausbau des Reichsrates unter Heranziehung berufsständiger Kräfte erfolge.

3. In einer dritten Veröffentlichung soll dargelegt werden, in wie fern die in der Handhabung durch den Reichstag herausgebildete Praxis dahin geführt hat, daß die in der geltenden Verfassung vorgesehenen Rechte des — ebenso wie der Reichstag vom Volk gewählten — Reichspräsidenten nicht hinreichend zur Wirkung gekommen sind.

Die Reichsbankpolitik in den Jahren 1924 bis 1928.

* Berlin. (Telunion.) Der fünfte Unterausschuß des Enquete-Ausschusses legt jetzt der Oeffentlichkeit in Gestalt einer umfangreichen Broschüre seinen Bericht über die gesamte Reichsbankpolitik in den Jahren 1924 bis 1928 vor. Der Bericht ist aufgebaut auf einer Darstellung der Wandlungen in den gesetzlichen Grundlagen des deutschen Notenbankwesens und der Wandlungen in den wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen es seine Aufgaben zu erfüllen hat. [illegible] Material wird über den Verlauf des Kreditgeschäftes und die Kreditpolitik der Reichsbank [illegible] Wenn man auch in manchen Fragen zu anderen Auffassungen kommen kann, [illegible] so bleibt doch anzuerkennen, daß die Mitglieder des Enquete-Ausschusses [illegible] der Oeffentlichkeit wertvolle Unterlagen liefern, auf denen sich [illegible] der Reichsbankpolitik aufbauen kann.

SLUB
Wir führen Wissen.